

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei aus monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, eine Jahresgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Halle, Berendstraße 14. Preis: 210,45 (Reb.); 210,47 (Verlag).

Wird der Arbeiterzeitung-Verlag  
**Der Rote Stern**

Einzelpreis: 15 Pf. für den am Höhe und Spalte; 1 Blatt im Fünftel. Anstalten: Arbeitsrat des Volkswirtschaftlichen Rates; Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft; Halle, Berendstraße 14. Preis: 210,45 (Reb.); 210,47 (Verlag).

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Montag, 10. November 1930 10. Jahrgang \* Nr. 264

## Das Ergebnis des sozialfaschistischen Streikbruchs und Verrats:

# 8 Prozent Lohnabbau in Berlin

Der Schlichter will auch die mitteldeutschen Metallarbeiter ausplündern — Organisiert den Streik!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. November.

Unter Zustimmung des „linken“ Sozialdemokraten Dr. Singheim und mit seiner Unterstützung verurteilte das Zwangslichtergericht der Braun- und Farres gegen die Berliner Metallarbeiter einen in jeder Beziehung provokatorischen und skandalösen Schiedsspruch, nach welchem vom 16. November ab alle Löhne in allen Gruppen um drei Prozent gekürzt werden. Vom 19. Januar 1931 an erfolgt eine weitere Senkung für die Höhe der Zuschläge unter 18 Jahren um 3 Prozent und für alle übrigen Gruppen um 5 Prozent, so daß der 8-prozentige Lohnraub, gegen den die Berliner Metallarbeiter 14 Tage lang heldenhaft gekämpft haben, durch diesen Schiedsspruch insoweit nicht durchgeföhrt ist. Zur Begründung dieses Hungerchiedsspruches wird zur Verhöhnung der Berliner Arbeiter auch noch der Preisentlangungs-Schwindel herangezogen.

Der in Berlin verbindlich ausgesprochene Lohnraub wird in der nächsten Zeit auf die gesamte deutsche Arbeiterschaft ausgedehnt werden. Er muß das Signal sein, überall zum schärfsten Kampf zu rufen. Die Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft ist notwendig.

Unter der Berliner Arbeiterschaft herrscht eine bestartige Empörung über den diffikiden Lohnraub, daß diese Empörung selbst von den Berliner Montagblättern nicht verschwiegen werden kann.

Zur Verhöhnung der Aufführung der Berliner Metallarbeiter hat Genosse unter fadenheiligen Vorwänden die „Rote Fahne“ auf acht Tage verboten.

Der Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter, der von der freibrotkräckerischen Bürokratie vorbereitet, im voraus anerkannt und mit der Stimme ihres Vertrauensmannes Singheim beschlossen wurde, widerlegt am besten das demagogische Geschwätz des „Volkswirtschaftlichen“ Ratens, wonach wir Kommunisten mit der Gründung des Roten Metallarbeiterverbandes die Einheit der Metallarbeiter zerstören. Der freigewerkschaftliche Berliner Metallarbeiterverband braucht nicht von uns oder sonstwem geschlagen zu werden.

Ihn haben seine eigenen Führer mit ihrem Verrat vernichtet.

Hätte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht eingegriffen, so würden die Nazis und die Gelben die Ausbeutung des Bankrotts der sozialfaschistischen Bürokraten sein. So ist gerade durch die Bildung des Roten Metallarbeiterverbandes

die Einheit der Berliner Metallarbeiter auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes gesichert worden.

Vor den Metallarbeitern unseres Bezirks, insbesondere aber vor den Lauchhammer-Produzenten und den anderen Arbeitern des Niederlausitzer Industriegebietes, steht die unmittelbare Gefahr, daß — wie von der Brüning-Regierung schon angekündigt — der an den Berliner Metallarbeiter vollzogene Lohnraub auch auf sie ausgedehnt wird.

Nur durch Streik kann die Ausplünderung der mitteldeutschen Metallarbeiter verhindert werden — aber nur unter sofortiger Vertreibung der freibrotkräckerischen Bonzen, unter Führung der RSD, ist der Streik möglich.

Darum müssen die Proleten des Lauchhammer-Werkes und der anderen mitteldeutschen Betriebe unverzüglich zur Lage Stellung nehmen, die Bonzen, die sie verraten wollen, aus den Versammlungen vertreiben, Streikleitungen wählen und in Gemeinschaft mit den Streikenden proletarischen Selbstschutz zum Schutze des Streiks bilden. Sie müssen jetzt nachholen — sie sind während des Berliner Streiks veräutert haben — was sie während der Kampfgemeinschaft mit den unter Führung ihres roten Verbandes den neuen Streik organisierenden Berliner Metallarbeitern die räuberischen Pläne der Ausbeuter durchkreuzen.

Markt nicht ab, bis der Schlichter Euch ausgeplündert hat — kommt ihm zuvor, indem Ihr für Eure Forderungen kämpft. Der Sieg ist die beste Parabel.

## Kampfkongressen der mitteldeutschen Bergarbeiter

Für die Organisierung des zweiten Mansfeld-Streiks — Für die Verteidigung des Lebens der Braunkohlentumpels

(Eig. Ber.) Eisleben, 10. November.

Auf der Mansfelder Revierkonferenz waren 60 Delegierte anwesend. Sieben Betriebe waren vertreten. Die Delegierten wurden in Betriebskommissionen eingeteilt.

Genosse Wilhelm Koenen referierte über: „Unsere Aufgaben zur Verhinderung des Lohnraubes durch die Mansfeld A.-G.“

Stets ist nach den Erfahrungen des großen Kampfes nur möglich unter Führung der RSD. Deshalb ist die Massenorganisation in der RSD. sofort in Angriff zu nehmen.

Die Schaffung eines roten Vertrauensmännerkörpers, die Aufstellung betrieblicher Forderungen muß die Voraussetzungen für Kampfgeschäfte schaffen.

An der Diskussion beteiligten sich zwölf Delegierte, die sich einstimmig hinter die vom Genossen Koenen aufgeworfenen Aufgaben stellten.

(Eig. Bericht.) Bitterfeld, 9. November.

Auf der in Bitterfeld abgehaltenen Konferenz des Bitterfelder und Golpa-Ischornwitzer Reviers wurde in eingehenden Berichten aus den Gruben und Kraftwerken zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich bei gleichzeitiger Steigerung der Zusatzarbeit in den Bergwerken eine Unmöglichkeit erzeugt hat.

Zahlreiche Arbeiter halten es unter den gegenwärtigen Bedingungen einfaß nicht mehr aus und nehmen freiwillig die Papiere.

Gelingt es, die RSD-Gruppen aufzubauen, so werden sie das notwendige Kraftbewußtsein erhalten, um den richtigen Ausweg, den Weg des Streiks, zu beschreiten.

Im Anschluß an diese Berichte arbeiteten dann die Ausführenden des Genossen Komitee die Grundlinien der einzuschlagenden Taktik heraus und nach weiterer eingehender Aussprache und einstimmiger

# Brot und Arbeit den Erwerbslosen

Organisiert den Kampf um sofortige Winterbeihilfe!

Dreizehn Millionen Arbeitslose halten erbitet die Hände und sehen mit Grauen dem Winter entgegen. Seit Monaten, ja vielfach seit Jahren ohne Arbeit, ohne Verdienst, unterernährt, mit zerfallenen Schuhen, mit Fieber am Leibe, mit dem Gedanken bei ihren hungernden Frauen und Kindern, so wandern sie wieder und wieder zum „Arbeitsnachweis“. Dort finden sie nicht Arbeitsmöglichkeit, aber stets neue Kameraden, die der konträre Kapitalismus unangeseht auf das Straßenspaltner wirft.

In der Sowjetunion begreift das russische Proletariat den 13. Jahrestag seiner liegreichen Revolution im Zeichen des unerhörten Aufschwunges der Industrie, der Beschäftigung der Arbeitslosigkeit, des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Millionenarmee der Erwerbslosen bäumt sich auf, sie will nicht kamplos in der kapitalistischen Katastrophe untergehen. Sie wird zum furchtbaren Anführer gegen das fluchelabene Profitlosten, das Millionen Menschen zum nackten Hunger verdammt.

**Brot für die Hungernden!**  
**Sofort her mit der Winterbeihilfe!**

Wie die Erwerbslosen des Ruhrgebiets, so werden in ganz Deutschland alle Arbeitslosen mit ihren Frauen und Kindern zum Hungermarß angetrieben, vor die Kathäuser und Regierungsgebäude marschieren und ihren Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen: für die Verheirateten und ihre Familien und für die ledigen.

Sofortige Hilfe durch ausreichende Geldunterstützungen, Milch für die Kinder, Lebensmittel, Winterkleidung, Heizmaterial, Freizeiterholung von Gas, Wasser und Elektrizität, Erlass und Übernahme der Mieten und Schutz vor der brutalen Exzision durch das Hausbesitzerkapital.

Unbesümmert am das Massenelend legt die Brüning-Regierung ihren Hungerkurs fort. Erst hat sie durch Kautskischen den Hungermarß angetrieben, vor die Kathäuser und Regierungsgebäude marschieren und ihren Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen: für die Verheirateten und ihre Familien und für die ledigen.

Zeit über eine Million Arbeitslose erhalten weder Unterstützung noch Krisenunterstützung. Ein ganz geringer Teil nur wird mit den Bettelstücken der Wohlhabender abgeholfen. Die übrigen sollen sterben und verderben nach dem Willen der herrschenden Klasse. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer, die Bettel

ter Brünnings und seiner „Notverordnungen“, unterliegen diese Hungerdiktatur. Durch ihre Polizeipräsidien und Minister knüppeln sie die Hungerdemonstrationen nieder und geben blaue Bohnen statt Brot und Arbeit.

Die nationalsozialistischen Handlanger des Unternehmertums fordern die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die militärische Anweisung und Anweisung aller Arbeitslosen.

Die Millionen Erwerbslosen aber müssen die Forderung stellen, ihren Löhnen wird nicht einen Pfennig, nicht einen Liter Milch, nicht eine Kugel gutwillig herausgegeben. Deshalb er geht der Ruf an die Millionenarmee der Hungernden: Organisiert den Streik im Land, schließt Euch zusammen unter Führung der RSD, begrabt Euer Elend nicht in den trostlosen vier Wänden, ärmlichen Notwohnungen oder Klypen. Geht hinaus auf die Straße.

**Erkämpft Euch Eure Forderungen!**

Betriebsarbeiter! Schließt das Kampfband mit den Arbeitslosen gegen die Regierung des Lohnraubes, der Young-Plan-Erfüllung und Vereimigung des Erwerbslosenelends. So wie Ihr im Berliner Metallarbeiterkampf Schulter an Schulter zusammenstandet, so kämpft gemeinsam für die 40 Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, für Arbeit und Brot für alle Arbeitslosen. In einheitlicher Front unter Führung der RSD und RSD, müß die Arbeiter gegen die Katastrophe geföhrt werden, die alle Werktätigen bedroht.

Die Sache der Arbeitslosen ist die Sache des ganzen deutschen Proletariats. Von allen Stempelstellen, von allen Betrieben, von allen Organisationen, wo anscheinende und arbeitslose Proletarier zusammengefaßt sind, muß unser Ruf der herrschenden Klasse in die Ohren fallen:

**Nieder mit der kapitalistischen Gesellschaft, die uns Hunger sterben lassen will!**

**Unsere Geduld ist zu Ende!**  
**Wir fordern Brot und Arbeit!**  
**Wir wollen nicht verhungern und erfrieren!**

**Her mit der Winterbeihilfe!**  
Berlin, den 7. November.

**Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.**

miger Wahl der AGO-Konferenz fanden die Ergebnisse gründlicher Kollektivarbeit ihre Niederschlag in der nachfolgenden

### Entscheidung

1. Die Konferenz stellt fest, daß angesichts der von den Reformen praktisch unterlassenen Unternehmerbestrebungen auf die Erleichterung der Lohnausgleichung, das heißt der Vermeidung der Lohnsenkung, die Frage des Streiks um die Sieben Stundenfrist bei vollem Lohnausgleich auf der Tagesordnung steht. Der sofortige Ausbruch der Betriebskämpfe durch die AGO ist dringliche Voraussetzung für die Streikführung. Gleichzeitig sind vorzubereitende Kampfausgänge in engerer Gemeinschaft mit den Erwerbslosen, rote Betriebswehren als Träger des Selbstschutzes zu schaffen. Auf Kundgebungskampagnen, Urabstimmungen und ähnlichen Versammlungsmöglichkeiten müssen die Beschlüsse der Kampffront in die Tat umgesetzt werden. Die Beschlüsse der Kampffront sind zu befolgen und Streikbeschlüssen anzuhängen.

2. Angesichts der Katastrophen von Neurube, Mosdorf und Maybach, die auch vor den Brandstiftungsarbeiten die Frage der Verteidigung ihres Lebens und ihrer Gesundheit stellen, fordert die Konferenz alle Arbeiter der Gruben und Kraftwerke auf, sofort bei ihrer Arbeit die folgenden Sicherungsmaßnahmen einzuhalten und, wenn sie nicht gegeben sind, jede Arbeit zu verweigern:

1. Für alle Lüge und Anreizungsstellen muß das nötige Bedienungspersonal ohne Überstunden gestellt werden.
2. Das Fahrtempo der Lüge darf 12 Kilometer pro Stunde, unter dem Wägelchen 6 Kilometer pro Stunde nicht überschritten werden und sind Nebelstopp anzuwenden.
3. Bei Nebel darf das 6-Kilometer-Tempo nicht überschritten werden und sind Nebelstopp anzuwenden.
4. Am Wägelchen und Wägelchen müssen stets Sicherheitsposten mit roten Fahnen und Lampen sowie Nebelhörner stehen.
5. Für die Instandhaltung des Wägelchens sind genügend Arbeitskräfte zu stellen, damit es fehlerfrei gehalten wird.
6. Transportarbeiten in den Gruben sind während der Dunkelheit anzuhalten.
7. Bei Gleisverriegelungsarbeiten ist der Strom abzuschalten. Beim Gleisrücken sind nur sichere Knüppel zu verwenden. In den Nachtstunden ist für genügende Beleuchtung zu sorgen.
8. Die Wägelchen dürfen nur gefahren angefüllt werden. Die Aufsichtspersonen der Wägelchener, die sie zur Gefährdung ihrer Kameraden verleiten sollen, sind unter entsprechender Erhöhung der Strafbüßen zu bestrafen.
9. Ohne Rettungsgürtel mit Tau und entsprechender Aufsicht darf kein Kohlenbau gereinigt werden.
10. In Transportbändern auf Kettenbahnen und Hochspannungsstationen müssen stets zwei Mann arbeiten, um einander bei Unfällen beistehen zu können.
11. Borgelegte, die die Arbeiter durch Untertreibung zur Mißachtung der Sicherheitsmaßnahmen zu verleiten suchen, sind straflos zu entlassen.

(Eig. Bericht) Bochum, 10. November.

In einer auf begehnten Konferenz der Bergbaufunktionäre des Bochumer Landkreises, unter Mitwirkung der angrenzenden Betriebe des Senftenberger Gebiets, wurde Stellung zum bevorstehenden Kampf der Bergarbeiter genommen. Im Mittelpunkt stand die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens durch die Gewerkschaftsbürokratie. Es ist den Bergarbeitern nicht damit gemeint, die 40-Stunden-Woche, die jetzt die Bürokratie mit ohne Lohnausgleich einzuführen, sondern für die Bergarbeiter nach maßgebend die Forderungen der AGO, die in einem Tarifvertragsentwurf festgelegt und nur im Kampf in die Tat umgesetzt werden können.

Die Konferenz begrüßt den Gehensmut der AGO, die kommunistischen Landtagsfraktionen zur Sicherung des Lebens der Bergarbeiter als Kampforganisationen, die auf die Braunkohlenarbeiter ausgedehnt werden müssen.

Zur Mobilisierung der Bergarbeiter müssen die nächsten Wochen die Beschlüsse, Vertriebs- und fliegenden Versammlungen ausgenutzt werden. In ungenutzten Gruben und Erwerbslosen in das Grubengebiet gemeinsam mit den Bergarbeitern müssen durchgeführt werden. Überall sind in Versammlungen Delegierte zu einer neuen Bezirkskonferenz der Bergarbeiter zu wählen.

## Die „Rote Fahne“ verboten

Damit die Berliner Metallarbeiter gegen den Lohnausgleichspruch nicht mobilisiert werden

(Eig. Drahtf.) Berlin, 10. November.

Grzejinski's erste Tat als neuer Polizeipräsident von Berlin ist das Verbot der „Roten Fahne“ auf eine Woche, das mit Wirkung vom Sonntag, dem 9. November, dem Jahrestag der „glorreichen“ Revolution der Deutschen Republik, bis zum 16. November verhängt wurde. Zur Begründung des Verbots wird ein Artikel, der die proletarische Grundmeinung der Arbeiter durch einen Emserschen behauptet, herangezogen. Am Galgen des § 5, Abs. 4 des Sittengesetzes, das dem Schutz der Republik die „Rote Fahne“ auszeichnet.

Der wirkliche Grund des Verbots der „Roten Fahne“ ist aber der handliche Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter. Die Lohnausgleichsfrage und ihre Katastrophen aus der Gewerkschaftsbürokratie sowie Seevering und Grzejinski führen die Aufführung über diesen Schiedsspruch und die Mobilisierung der Metallarbeiter durch die „Rote Fahne“.

Das Verbot der Berliner „Rote Fahne“ in der entscheidenden Situation der Metallbewegung muß auch für unsere Genossen in Berlin eine ernste Mahnung sein. Selbstverständlich ist die Begründung ganz falsch. Eine solche Überheißung ist ein handgreiflicher Ausdruck der Verachtung, aber keine Gewalttat. Die Leben und Gesundheit des Angegriffenen gefährden soll. Aber es kommt auf juristische Dinge gar nicht an — die „Rote Fahne“ wird verboten, um den Lohnraub an den Metallarbeitern durchzuführen zu können und der „Klassenkampf“ wird unter irgendwelchen Umständen verboten werden, wenn die Frage der verführten Ausplünderung der mittelständlichen Chemie, Bergbau und Metallproleten, wenn der Streik unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Dieser Wagnisakt wird jeder Arbeiter, der wir müssen deshalb bereit sein, unter allen Umständen unsere revolutionäre Pflicht erfüllen zu können. Verhängnisvoll wäre es unter irgendwelchen bürokratischen Gesichtspunkten, unter irgendwelchen Klüften auf minderwichtigen Aufgaben und Organisationsmaßnahmen auch nur um Stunden zu verzögern, die notwendig sind, damit in allen Betrieben und Orten

# Metallarbeiter, Metallarbeiterinnen!

8 Prozent Lohnraub hat das Schiedsgericht der Beirats-Kommission für die Berliner Metallarbeiter am Sonnabend diktiert. Der sozialdemokratische Vertreter des VSA, Singheim, hat im Auftrag des Parteivorstandes der SPD, und des VSA, diesem Lohnraub zugestimmt. 3 Prozent ab 17. November und weitere 5 Prozent ab 19. Januar. Für die Zeit vom 10. bis 16. November haben die Seevering und Grzejinski die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei, verboten, um das revolutionäre Informationsorgan der Berliner Metallarbeiter, das allein ihren Streik unterstützt hat, mundtot zu machen.

Die DMB-Bürokratie hat die Streikfront gelassen und die Berliner Metallarbeiter durch organisierten Streikdruck wieder in die Betriebe zurückgezogen, um die Kampferweiterung auf das Reich zu verhindern und den Lohnraub jetzt durchzuführen.

Die DMB-Bürokratie würgten den Streik der 140 000 Metallarbeiter ab, weil angeblich der Schiedsspruch mit acht und sechs Prozent Lohnraub befreit sei.

Nachdem die Arbeiter in den Betrieben sind, wird derselbe Schiedsspruch in zwei Etappen durchgeführt.

Ungeheuerlich ist der Verstoß dieser gefallenen Unternehmer-Tüchler.

## Metallarbeiter im Reich!

Der Berliner Schiedsspruch ist das Signal, nach dessen Muster auch eure Löhne jetzt abgehauen werden sollen. In Pommern, Brandenburg, Schlesien, Niederlausitz, Hannover und Bielefeld sind die Lohnräuber schon abgelaufen.

In Thüringen, Kasel, Niederrhein haben die Unternehmer bereits gekündigt.

In Sachsen wird der gefällte Lohnraubschiedsspruch noch immer geheim gehalten.

In anderen Tarifgebieten steht die Kündigung bevor.

Überall wollen die Metallindustriellen nach dem Berliner Beispiel die Löhne herabsetzen.

## Dagegen gibt es nur ein Mittel: Streik unter Führung der AGO

Nehmt sofort in allen Betrieben Stellung! Wählt Kampfausschüsse! Macht die Betriebe kreisförmig! Streikt gegen jeden Pfennig Lohnraub! Für Siebenfundentag, vollen Lohnausgleich! Nieder mit der Schlichtungsbürokratie!

Gegen die Streikfrontpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie!

Verteidigt die „Rote Fahne“! Das Sprachrohr der deutschen Arbeiterklasse!

Fort mit der Brüning-Regierung!

Es lebe der siegreiche Streik der Metallarbeiter unter Führung der AGO!

Reichskomitee der AGO.  
Industriegruppe Metall.

## Das österreichische Wahlergebnis

Keine wesentliche Mandatverschiebung im Nationalrat — Erheblicher Stimmengewinn der KPÖ.

(Eig. Drahtf.) Wien, 10. November.

Die gestrige Wahl in Österreich zum Nationalrat bringt eine wesentliche Veränderung der Mandatsverteilung nicht. Trotz starker Wahlbeteiligung ist einzig eine Verchiebung bei den bürgerlich-republikanischen Parteien zu verzeichnen. Die genauen Wahlergebnisse sehen noch nicht fest.

Jedoch hat die KPÖ, nach den vorliegenden Berichten einen erheblichen Stimmengewinn erzielt.

Ihr Stimmengewinn dürfte jedoch nicht ausreichen, um in den Nationalrat einzuziehen, da, soweit aus den jetzt vorliegenden Wahlergebnissen zu ersehen ist, die KPÖ, in keinem der Wahlkreise ein Grundmandat erhalten hat. Die Nazis haben wohl an Stimmen gewonnen, aber sie werden voraussichtlich auch nicht im Nationalrat vertreten sein.

Der Ausgang der Wahlen ändert an dem tatsächlichen Kurs in Österreich nicht das Geringste. Der Kampf um die politische Macht muß auch in Österreich von der revolutionären Arbeiterklasse durch außerparlamentarische Aktionen eingeleitet werden und mit dem aktiven Kampf gegen den Faschismus beginnen.

(Eig. Drahtf.) Wien, 10. November.

Nach den Ermittlungen der Hauptwahlbehörde stellt sich das Wahlergebnis der gestrigen Nationalratswahlen folgendermaßen dar: Die Sozialdemokraten erhalten 22 Mandate (74), die Christlich-Sozialen 66 Mandate (73), einschließlich Heimwehr bzw. Heimatwehr, der Nationale Wirtschaftsbund und Landbund (Schöberl-Partei), der die frühere Hochkonservative Partei und den Landbund umfaßt, 19 (12 und 9) Mandate, und der Heimatbund der früher keinen Kandidaten aufgestellt hatte, 8 (—) Mandate.

# Die Brandkatastrophe in der Filmfabrik Wolfen

M.A. Am Sonnabendfrüh, kurz vor 7 Uhr ereignete sich ein furchtbares Brandunglück in der Filmfabrik, dem vier Proleten zum Opfer fielen. Zwei Frauen (Frauen (Koblen) und Bernstein (Dessau), erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Um 5 Minuten vor 7 Uhr lagen die Arbeiter, die vom Bahnhof nach der Film gingen, plötzlich einem hellen Feuerzisch und gleich darauf stiegen schwarze Rauchwolken über der Fabrik auf.

Die Stützklammern schossen sofort zum Dach heraus.

In dem Gebäude 203, welches zum Kafen-Betrieb gehört, werden die unbrauchbaren Filme aufgearbeitet. Der Film wird getrocknet und in Rollen gereiht. Ein Arbeiter war mit dieser Arbeit beschäftigt, während ihm die Frauen den Film zueigneten.

Die Stützklammern erlosch drei Arbeiterinnen und legte sofort Kleider und Haare in Brand.

Besonders schwere Wunden erlitt die Frau Brauer. Unsterblich brennend rannte sie ins Freie. Furchtbare Brandwunden erlitt sie an der Brust. Kleider und Haare waren vollständig verbrannt. An ihrem Aufkommen muß gewepfelt werden. Eine zweite Arbeiterin, Friedlein Bernstein, trug ebenfalls sehr schwere Brandwunden davon. Der Dritten verbrannte das Gesicht und Haare.

Der Arbeiter, der bei Ausbruch des Brandes sich auf der Filmpresse befand, sprang nach oben herunter. Dabei zog er sich einen Knöchelbruch zu. Alle Verletzten mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. Der eine Teil des Gebäudes brannte vollkommen aus. Gleich nach dem Brande setzte die Untersuchung nach der Ursache ein.

Man wird unwillkürlich an Neurube, Mosdorf und Saarbrücken erinnert.

Ursache des Unglücks „rätselhaft, ungeklärt“ für die Film. Wir glauben aber zu wissen, wo die Ursache zu suchen ist. Auch hier in den ungeheuren Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen der IG. Auch hier wird der Schutz der Arbeiter gründlich vernachlässigt, werden die Arbeiter gezwungen die Sicherheitsvorschriften zu durchbrechen, um nicht entlassen zu werden.

So soll der Arbeiter Filmrollen von 250 bis 300 Kilogramm herstellen. Er ist gezwungen, um das Gewicht zu erreichen, die Presse zu füllen und dann hineinzuliefern und mit den Rollen mehrmals den Film zusammenzuwickeln. Die Presse ist 2 1/2 Meter hoch, so daß der Arbeiter darin kaum verschwindet.

Wenn er bei einem Brande, wie der letzte, nicht mehr rechtzeitig herauskommt, so ist er verurteilt, lebendig zu verbrennen. In einer Ecke, die durch eine 2 1/2 Meter lange Bretterplanke noch beengt wird, arbeiten die Frauen, die dadurch, die bei solchen gefährlichen Arbeiten notwendige Bewegungsfreiheit nicht haben. Noch schwerer wiegt das Unglück, wenn man jetzt erfährt, daß die Arbeit noch vor einem dreiviertel Jahr von 20 Männern gemacht wurde. Häufig müssen die Frauen Rollen zur Hilfe holen. Da ist im Trockenofen für den Film ein Aufzug. Da hapert es immer.

Es muß „geparat“ werden. Das hat die Aufsichtsstellung deutlich bemerkt. Da ist es für die Film fast selbstverständlich, daß ein Aufzug nicht in Ordnung zu sein braucht. Seit längerer Zeit ist von den Arbeiterinnen darauf hingewiesen worden, daß der Aufzug öfter kommt. Es wurde aber nichts gemacht.

Die Arbeiterinnen mußten in solchen Fällen immer Männer holen, die ihnen helfen den Aufzug hoch zu machen. Hier ist eine Entschuldigungsursache zu suchen. Wenn sich ein Stück Film einwickelt und warmreißt, so kann es sich leicht entzünden. Wer weiß, ob alles so einwandfrei war, wie man jetzt verstanden wird es hinzustellen.

Heute kommt es heraus, daß es vor ganz kurzer Zeit schon einmal in dem gleichen Raum vorgefallen hat. Das muß zu denken geben, denn daß das zweifelhafte die hohe Feuersgefahr des Betriebes. Es beweist aber vor allen Dingen, daß hier gar nichts getan worden ist, um weitere Brände zu vermeiden.

Die Kollegen sind ein Opfer mangelnden Schutzes geworden.

Vorauß ist dem Unternehmer antwortet, jetzt ein anderer Brand, der auch kurze Zeit zurückliegt. Durch einen Transportarbeiterbrand wurde die ganze Fabrik in Brand. Die Mädeln mußten sich während dieser Zeit in einem Speiseraum aufhalten. Nachdem alles wieder in Ordnung war, ging es gleich los. „Run aber schnell an die Arbeit“, „Los, los, nicht so langsam!“ Menschenleben sind eben Nebenfrage. Wichtigtur beleidigt dies Unglück zwei Ereignisse, die nur um 24 Stunden auseinanderliegen.

Die Generalversammlung der IG, und das Unglück selbst.

Dort wird die Sicherung des Profits beschlossen, werden für eine Zusammenkunft der Ausbeuter beherrschende von Marx hinausgeworfen. Hier bezahlen die Arbeiter mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben die Rechnung.

Die AGO, mit alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Dienstag, dem 11. November, 16 Uhr, zur öffentlichen Belegtagssammlung bei Hecke, Wolfen.

Dort müssen alle durch ihren Beitritt zur AGO, bekunden, daß sie acmüllt sind, gegen das mordende Ausbeuterregiment zu kämpfen.

beiterin, Friedlein Bernstein, trug ebenfalls sehr schwere Brandwunden davon. Der Dritten verbrannte das Gesicht und Haare. Der Arbeiter, der bei Ausbruch des Brandes sich auf der Filmpresse befand, sprang nach oben herunter. Dabei zog er sich einen Knöchelbruch zu. Alle Verletzten mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. Der eine Teil des Gebäudes brannte vollkommen aus. Gleich nach dem Brande setzte die Untersuchung nach der Ursache ein.

Man wird unwillkürlich an Neurube, Mosdorf und Saarbrücken erinnert.

Ursache des Unglücks „rätselhaft, ungeklärt“ für die Film. Wir glauben aber zu wissen, wo die Ursache zu suchen ist. Auch hier in den ungeheuren Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen der IG. Auch hier wird der Schutz der Arbeiter gründlich vernachlässigt, werden die Arbeiter gezwungen die Sicherheitsvorschriften zu durchbrechen, um nicht entlassen zu werden.

So soll der Arbeiter Filmrollen von 250 bis 300 Kilogramm herstellen. Er ist gezwungen, um das Gewicht zu erreichen, die Presse zu füllen und dann hineinzuliefern und mit den Rollen mehrmals den Film zusammenzuwickeln. Die Presse ist 2 1/2 Meter hoch, so daß der Arbeiter darin kaum verschwindet.

Wenn er bei einem Brande, wie der letzte, nicht mehr rechtzeitig herauskommt, so ist er verurteilt, lebendig zu verbrennen. In einer Ecke, die durch eine 2 1/2 Meter lange Bretterplanke noch beengt wird, arbeiten die Frauen, die dadurch, die bei solchen gefährlichen Arbeiten notwendige Bewegungsfreiheit nicht haben. Noch schwerer wiegt das Unglück, wenn man jetzt erfährt, daß die Arbeit noch vor einem dreiviertel Jahr von 20 Männern gemacht wurde. Häufig müssen die Frauen Rollen zur Hilfe holen. Da ist im Trockenofen für den Film ein Aufzug. Da hapert es immer.

Es muß „geparat“ werden. Das hat die Aufsichtsstellung deutlich bemerkt. Da ist es für die Film fast selbstverständlich, daß ein Aufzug nicht in Ordnung zu sein braucht. Seit längerer Zeit ist von den Arbeiterinnen darauf hingewiesen worden, daß der Aufzug öfter kommt. Es wurde aber nichts gemacht.

Die Arbeiterinnen mußten in solchen Fällen immer Männer holen, die ihnen helfen den Aufzug hoch zu machen. Hier ist eine Entschuldigungsursache zu suchen. Wenn sich ein Stück Film einwickelt und warmreißt, so kann es sich leicht entzünden. Wer weiß, ob alles so einwandfrei war, wie man jetzt verstanden wird es hinzustellen.

Heute kommt es heraus, daß es vor ganz kurzer Zeit schon einmal in dem gleichen Raum vorgefallen hat. Das muß zu denken geben, denn daß das zweifelhafte die hohe Feuersgefahr des Betriebes. Es beweist aber vor allen Dingen, daß hier gar nichts getan worden ist, um weitere Brände zu vermeiden.

Die Kollegen sind ein Opfer mangelnden Schutzes geworden.

Vorauß ist dem Unternehmer antwortet, jetzt ein anderer Brand, der auch kurze Zeit zurückliegt. Durch einen Transportarbeiterbrand wurde die ganze Fabrik in Brand. Die Mädeln mußten sich während dieser Zeit in einem Speiseraum aufhalten. Nachdem alles wieder in Ordnung war, ging es gleich los. „Run aber schnell an die Arbeit“, „Los, los, nicht so langsam!“ Menschenleben sind eben Nebenfrage. Wichtigtur beleidigt dies Unglück zwei Ereignisse, die nur um 24 Stunden auseinanderliegen.

Die Generalversammlung der IG, und das Unglück selbst.

Dort wird die Sicherung des Profits beschlossen, werden für eine Zusammenkunft der Ausbeuter beherrschende von Marx hinausgeworfen. Hier bezahlen die Arbeiter mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben die Rechnung.

Die AGO, mit alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Dienstag, dem 11. November, 16 Uhr, zur öffentlichen Belegtagssammlung bei Hecke, Wolfen.

Dort müssen alle durch ihren Beitritt zur AGO, bekunden, daß sie acmüllt sind, gegen das mordende Ausbeuterregiment zu kämpfen.

## Grzejinski läßt 7. November-Veranstaltung sprengen

(Eig. Drahtf.) Berlin, 10. November.

In Verbindung mit dem Verbot der „Roten Fahne“ unternimmt Grzejinski auf die Veranstaltungen der revolutionären Arbeiterklasse weitere Vorstöße. In einer Nachvorstellung im „Colosseum“ anläßlich des Andenkens der russischen Revolution wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sechs Arbeiter verhaftet, die auf der Bühne in M.A.-Uniform angeblich verbotene Reden gehalten haben und sich damit strafbar gemacht hätten. Die Verhaftung wurde, da die Arbeiter sich diese Veranstaltungen nicht gefallen ließen, aufgelöst.



# Rund um den Erdball

## Todesurteil im Giftmordprozeß

München, 8. November. Im Augsburger Giftmordprozeß gegen Frau Monika Luzenberger wurde gestern das Urteil verkündet. Die Angeklagte wird von der Anklage des versuchten vierfachen Mordes freigesprochen. Wegen überlegten Mordes wurde sie als schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Bei der Verkündung des Urteils bricht die Angeklagte zusammen, erhebt sich dann wieder und schreit in den Saal: „Ich bin unschuldig!“

Nach in letzter Minute machte der Verteidiger der Angeklagten einen Vorstoß zugunsten der Frau Luzenberger. Gegen den Sohn Josef der Angeklagten lägen mindestens ebensoviel Indizien vor wie gegen seine Mutter. Vor allem wies



Die zum Tode verurteilte Frau Luzenberger

er auf den Umstand hin, daß der Sohn der einzige Zeuge sei, der die Mutter schwer beläde. Die Tatsache hänge zweifellos mit einem früheren Sittlichkeitsdelikt zwischen Mutter und Sohn zusammen.

Auf seinen Antrag beschließt das Gericht die Verlesung der Akten jenes Prozesses. Die Akten ergeben ganz klar, daß Frau Luzenberger den achtjährigen Knaben zu unethischen Handlungen verleitet hat. Trotzdem gelangt das Gericht nicht zu dieser Überzeugung, sondern begnügt sich mit der Feststellung, daß der Sohn Josef freiwillig verurteilt sei und damals die Mutter fälschlich beschuldigt habe.

Nach den Gutachten der chemischen und medizinischen Sachverständigen, die alle gegen Frau Luzenberger zeugen, begann der Staatsanwalt seine Anklage.

## Übung für den Luftkrieg

Paris, 8. November. In den letzten Tagen fanden über Toulon umfangreiche Manöver der französischen Luftflotte statt. Mehrere Geschwader von Jagdflugzeugen bekamen den Auftrag, feindliche Bomberflieger anzuspüren und zu vertreiben. Die Manöver sollen die Kriegsfähigkeit der französischen Jagdflieger hervorragend befähigt haben.

## Mit Tauenden und Totschläger bewußtlos geprügelt

„Marineportklub“ als Deckmantel für völkischen Sadisten

Eine Klame aus dem Paradies des „Dritten Reichs“ ist Herr Regierungsrat Dr. Lübken. Er ist der Gründer des Deutschen Marineportklubs und der illegale Leiter des Wiking-Bundes. Lübken, gegen den gestern in Berlin wegen Sittlichkeitsverbrechen verhandelt wurde, hat noch ein Verfahren wegen eines geheimen Waffenlagers zu erwarten.

Mit dem Marineportklub hat es eine eigenartige Bewandnis. Gegegelt wurde nur nebenbei, Sport betrieben überhaupt nicht. Das war nur ein Vorwand für den sauberen Herrn Regierungsrat, romantisch veranlagte Poetarierjungen einzufangen. Hatte er sie in seiner Gewalt, dann gab es kein Zurück mehr, denn hinter jedem stand drohend die Feme. Die Jungens wären elend verkommen, wenn nicht einige den Mut aufgebracht hätten, Anselge gegen Lübken zu erlassen.

Saßen wir die Jungens selbst über die „Erziehungsmethoden“ ihres Sanktionsprechen. Ein 23jähriger Junge sagt: „1926 trat ich in den Marineportklub ein. Ich hoffte, sportliche Ideale“ zu finden. Doch wurde ich bald von der furchterlichen Wirklichkeit überzeugt. Wenn man einmal zu spät kam, hieß es gleich, man sei „fälig“; das bedeutet, daß man sich mit Dr. Lübken „rollen“ mußte.

Er nahm unseren Kopf zwischen seine Arme, entblöhte den Hintern, und dann mußten wir 50mal Kniesen machen,

## Neue Flutwellen rollen heran

Im Hochwassergebiet noch immer Gefahr — Die Oberdämme brechen

Frankfurt a. M., 8. November. Wie wir bereits gestern mitteilten, ist die Gefahr von den durch das Hochwasser bedrohten Gebieten noch keineswegs abgemindert. Es wird im Gegenteil aus Oberhessen eine neue Hochwasserwelle gemeldet, die mindestens die Höhe der jetzigen erreicht. In der nächsten Woche wird dadurch die Gefahr im Mainischen Obergebiet wieder zunehmen.

Obwohl man im Laufe des Freitag mit allen Kräften versuchte, die Deiche der Oder zu verstärken, ist es nicht gelungen, den riesigen Fluten wirksam Widerstand entgegenzusetzen. Gegen Abend wurde oberhalb Frankfurts der Oberdeich durchstoßen, um die Wassermengen in die Polster ablaufen zu lassen. Dadurch gelang es, vorläufig ein weiteres Steigen des Wassers unterhalb Frankfurts zu verhindern.

Bei Kiemach-Gleiba im Kreise Guben reißt der Damm vor dem Bruch.

Urwilde Wasserstrahlen schießen aus dem Damm hervor.

Im Frankfurter Stadtgebiet erreichte gestern das Hochwasser mit 5,35 Meter seinen höchsten Stand. Gegen Morgen

fiel es um einige Zentimeter, doch bedeutet dies noch keineswegs eine Entlastung der Dämme.

Der Wasserstand der Oder bei Brieg hat sich gestern wieder um 20 Zentimeter erhöht. Die zweite Hochwasserwelle aus Oberhessen befindet sich heute dicht vor Brieg.

In Küstrin ist das Wasser schon so hoch gestiegen, daß die Oberfähne, um aus der Oder in die Warthe zu kommen, nicht erst bis zur Warthemündung fahren, sondern einfach quer über die überschwemmten Weiden hinweg.

Ein mit 6000 Zentner ladender Kahn fuhr durch eine überschwemmte Raubentolmie direkt in die Warthe.

Das Hochwasser hat bereits auch ein Todesopfer gefordert. Die Leiche eines Mannes im Alter von 30 bis 40 Jahren wurde angeschwemmt.

Die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei hat bereits zwei Anträge für die Unterfütterung der vom Hochwasser Geschädigten eingebracht.

## Warum „R 101“ verunglückte

Die Drohung gegen Indien

Bei der Untersuchung der Katastrophe des englischen Luftschiffes „R 101“ kamen sensationelle Tatsachen zutage. Eine halbe Stunde vor Beginn der heutigen Verhandlungen erhielt John Simon einen Brief aus Cardington, aus dem hervorgeht, daß der Vertreter des Inspektionsdepartements sich geweigert hatte, die Luftfähigkeit des „R 101“ vor seiner Todesfahrt zu bescheinigen. In diesem Brief wird ausdrücklich betont, daß durch Scheuern an den Spantern und an den Haltebolzen zahlreiche Fehler in den Gasschaltern entstanden seien.

Trotz dieser Mängelangaben erteilte Lord Thompson, der englische Luftfahrtminister, den schriftlichen Befehl zum Abflug mit folgenden Worten:

„Ich muß darauf bestehen, daß am Programm für den Flug nach Indien festgehalten wird, da ich meine Pläne danach eingerichtet habe.“

Die Pläne Thompsons bestanden bekanntlich darin, Indien die Macht des britischen Imperiums durch die Entsendung eines kriegerischen Luftschiffes zu beweisen. Die Unruhen in Indien veranlassen ihn, um jeden Preis, selbst um den des Verlustes des „R 101“, seine Drohung gegen das revoltierende Indien so rasch als möglich durchzuführen.

## Nach seinem „Tode“ verhaftet

Das Doppelleben des Brandsifters

Im Wartesaal des Bahnhofes Wittenberge wurde der 30 Jahre alte Kaufmann Fröh Saffran unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges, der Brandstiftung und eines Mordes verhaftet. Im Laufe der Vernehmung stellte sich heraus, daß er sein eigenes Geschäftshotel in Brand gesteckt und es gescheit verstanden hat, seinen eigennamen Tod vorzutäuschen, um seiner Familie die Versicherungssumme anzuschlagen.

In der Nacht zum 15. September brannte in Rastenburg das Möbelfabrikat Saffrans nieder. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde eine völlig verkohlte männliche Leiche gefunden, die einen Ring und die goldene Uhr des Geschäftsinhabers Saffran trug.

Die Leiche wurde dann auch als diejenige des Kaufmanns Saffran in Rastenburg beigelegt.

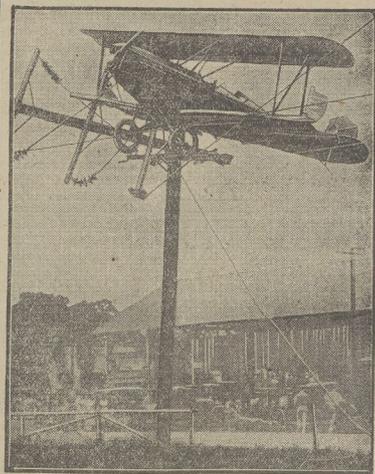
Bei der Untersuchung der Brandursache wurde aber festgestellt, daß mutwillige Brandstiftung vorliege. Die Expedientin Ella Augustin gab schließlich im Laufe der Vernehmungen zu, daß die an der

Brandstelle gefundene Leiche gar nicht die des Saffran sei. Saffran habe mit ihr zusammen das Möbelfabrikat mit Benzin übergossen und dann in Brand gesteckt. Danach ist er aus seiner Heimat geflüchtet und fand in Berlin Unterschlupf. Dort entwendete er die Ausweispapiere eines Verwandten der Expedientin Augustin, besorgte sich Paß und Schiffstafel und verließ Berlin mit dem Ziele Brüssel. Im Zuge nach Hamburg wurde er dann verhaftet.

Die Persönlichkeit des aufgefundenen Toten konnte noch nicht festgestellt werden. Die Polizei vermutet, daß Saffran die Leiche eines unbekanntem Verstorbenen auf dem Rastenburg Friedhof ausgegraben, ihm seine eigenen Kleider angezogen und ihn dann in das brennende Haus gesteckt habe.

Volle Klarheit darüber wird erst im Laufe der Untersuchung erbracht werden können.

## Flugzeug im Leitungsdraht



In der Nähe von Los Angeles fiel ein abstürzendes Flugzeug auf den Mast einer Hochspannungsleitung und blieb in den Drähten hängen. Die Insassen blieben unverletzt.

## Ueberfall auf einen Geldtransport

Über die Räuber finden nichts

Eisenach, 8. November. Ein Auto des Eisenacher Arbeitsamtes wurde am Freitagmorgen in der Nähe von Liebenstein von fünf maskierten Männern überfallen. Mit vorgehaltener Pistole zwangen sie den Wagenführer, zu halten. Die zwei im Wagen sitzenden, unbewaffneten Beamten konnten natürlich nichts gegen die fünf Bewaffneten ausrichten, die in aller Ruhe das Auto nach Geld untersuchten. Das Geld, mit dem die Unterfütterung für die Liebensteiner Erwerbslosen ausgezahlt werden sollte, wurde von den Räubern nicht entwendet, und so blieb ihnen nichts anderes übrig, als mit einigen erbeuteten leeren Formularen abzuschließen.

## Mit Maschinengewehren gegen einen Zug

Dalland (Kalifornien), 8. November. Fünf mit Maschinengewehren bewaffnete Zugräuber hielten in der Nähe von Nobel einen Personenzug an und raubten 50 000 Dollar und 15 Säcke mit Wertbriefen. Dann flüchteten sie in einem Kraftwagen.







# Nur die eiserne revolutionäre Front vernichtet den Faschismus

## Gemeinsame Erklärung der K.P. Oesterreichs und Deutschlands

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Oesterreichs und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands haben zu den Wahlen in Oesterreich, die im Zeichen des Kampfes gegen die unmittelbare drohende offene faschistische Diktatur vor sich gingen, gemeinsam eine Erklärung an das werktätige österreichische Volk erlassen. Die Erklärung, die vor den Wahlen erschien und in Oesterreich in Massen verbreitet wurde, ist ein Dokument von großer politischer Bedeutung.

Wir entnehmen dieser Erklärung folgende Absätze:

In die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in Oesterreich! Klaffenden und -genossen! Die Wahlen in Oesterreich, die kurze Zeit nach den deutschen Wahlen im Oktober stattfanden, sind von größter Bedeutung für das Proletariat und alle Werktätigen in Oesterreich und Deutschland wie in allen übrigen Ländern. Mit härtester Anteilnahme verfolgt das deutsche Proletariat und die Arbeiterklasse der ganzen Welt den Kampf des österreichischen Proletariats.

Der Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die faschistische Diktatur und die imperialistische Bestrafung ist untrennbar verbunden mit dem revolutionären Kampf des werktätigen Volkes für die soziale und nationale Befreiung.

Der Raubfriede von Saint Germain, der die Deutschen in Südtirol unter die Botmäßigkeit des italienischen Imperialismus presste und die 6 1/2 Millionen Deutsch-Österreicher jedes Recht auf Selbstbestimmung beraubte, die Ermordung und Fortführung des imperialistischen Verfalls des deutschen Volkes durch den Schandvertrag von Versailles. So wie auf den Verfall Raubfriede der Damesplan und der räuberische Youngplan folgten, so wurden die werktätigen Massen Oesterreichs nach Saint Germain durch die imperialistische Finanzkontrolle des Völkerbundskommissars Zimmermann der Genfer Sanierung und später durch die Anleihepolitik der Schöber-Regierung immer größeren Belastungen unterworfen.

Die Kommunisten Oesterreichs und Deutschlands erklären feierlich:

Wir lehnen den Raubfrieden von Saint Germain ab und kämpfen mit allen Kräften für seine Zerschmetterung und Annullierung. Wir kämpfen für die Zerschmetterung der Erblasserleihe und die Annullierung aller Schulden an das ausländische Finanzkapital!

Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen den Anschlag eines kapitalistischen Oesterreichs an das kapitalistische Young-Deutschland, der nur die Ausbeutung und Unterdrückung durch die eigene Bourgeoisie spüren und vermehren könnte. Das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes kann nur durch das gemeinsame Ringen der ausgebeuteten Massen Deutschlands und Oesterreichs im revolutionären Kampf für Sowjetdeutschland und Sowjetösterreich erobert werden.

Wir begrüßen als das liebste die Programm-erklärung der K.P.D. zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, in der es heißt:

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewalttätige Angliederung eines Volkes oder eines Volksteils an andere nationale Staatsgebiete, daß wir keine einseitige Grenzveränderung, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung geschehen ist.

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei uhm. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.

Wir erklären uns für den Anschlag eines kommenden Sowjetösterreichs an Sowjetdeutschland und für den Anschlag des werktätigen Massen Oesterreichs.

Sozialdemokratische Arbeiter, Klassen Genossen! Unter Appell geht an euch, diesen Kampf für die soziale und

nationale Befreiung, für den Sturz der Bourgeoisie und den Sturz der faschistischen Diktatur Seite an Seite mit den Kommunisten brüderlich zu unterstützen. In dieser Stunde, da die offen faschistische Regierung der Spindel und Starckberg zum braunen Angriff gegen alle Ausbeuteten in Stadt und Land übergeht, sagen wir euch: Erkennt, wer der Hauptschuldige war, daß der Faschismus in Oesterreich so frech und offen sein Diktaturregime aufrichten konnte! Erkennt, wer die Hauptschuld trägt, daß die feige und verkaufte österreichische Bourgeoisie magie, die Schöber-Regierung und darüber hinaus die offen faschistische Regierung der Heimwehr und der Christlich-Sozialen einzuliegen.

Das war nur möglich dank der Mithilfe der Sozialdemokratie, die nach dem November 1918 die proletarische Revolution verriet, die nach dem 15. Juni 1927 die kämpfende Arbeiter-

### Mussolinis Terrorherrschaft erschüttert

## Die Katastrophe des „Dritten Reiches“ naht

### Die antifaschistischen Kräfte stoßen vor — Arbeiterkämpfe gegen Lohnraub Steuerfreiheit der bäuerlichen Bevölkerung — Die illegale K.P. Italiens wächst — Ihre Flugblätter werden zur täglichen Arbeiterlektüre

Wanderitalienischen Grenze, 8. November. Die revolutionäre Bewegung in Italien greift trotz verheerender Terrormaßnahmen Mussolinis immer weiter um sich. Die Mobilisierung der unterdrückten Arbeiter und Bauern wächst ungeheuer rasch. Die antifaschistischen Kräfte stoßen immer fähiger vor und versuchen, durch die Entfesselung einer Massenbewegung aus dem Dunkel der Illegalität herauszukommen.

In den letzten Tagen kam es in allen Industriegebieten zu größeren Streikbewegungen. Die Kämpfe fanden teilweise direkt unter Führung kommunistischer Parteimitglieder statt. Sie richteten sich in erster Linie gegen die schändlichen Lohnkürzungen in allen Betrieben, die teilweise bis zu 40 Prozent betragen. Die Arbeiter erklärten, sie hätten keine Lust, die Kosten der schweren Wirtschaftskrisis des verhassten faschistischen Systems zu tragen. Die illegale Flugblätter der K.P. Italiens gegen das faschistische Regime und über die gute Lage der Arbeiterschaft in der Sowjetunion finden Massenverbreitung und werden zur Tageslektüre der italienischen Arbeiterschaft.

In Turin kam es zu schweren Zusammenstößen der Streikenden mit der faschistischen Miliz, in Mailand zu Erwerbslosenunruhen. Um in vielen Dörfern gehen die Bauern zur Verhinderung der Steuerentzückung über.

Mussolini läßt in ganz Italien nach Antifaschisten vorgehen. Hunderten von Arbeitern wurden auch zu intellektuellen, Professoren und ehemalige Staatsbeamte

schäblich verurteilt, die durch ihren geheimen Pakt der Schöber-Regierung zur Macht verhalf und die jetzt feige und schändlich vor der offen faschistischen Diktatur kapituliert und ihr die Waffen der Arbeiterschaft ankliefert.

Wir flagen die Otto Bauer, Friedrich Adler, die Renner und Deutsch als die Wegbereiter des Faschismus in Oesterreich an!

Gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Deutschlands hebt höher das Banner des internationalen unbesiegbaren Marxismus, das von den sozialdemokratischen Führern dieser Länder und der ganzen Welt in den Schmutz gerort wurde.

Werttätige in Oesterreich und Deutschland! Schließt die Front zum gemeinsamen Kampf!

Nieder mit dem Faschismus!  
Nieder mit der faschistischen Diktaturregierung Rauguin, Seipel, Starckberg und dem Diktatorkabinett Brünning!

Nieder mit den sozialfaschistischen Verriatern an der Arbeiterklasse, den Wegbereitern des Faschismus!

Zerschmettert das imperialistische Joch von Versailles und Saint-Germain!

Für das Bündnis mit der Sowjetunion!  
Für Sowjetdeutschland!  
Für Sowjetösterreich!

Für den Anschlag Sowjetösterreichs an Sowjetdeutschland!  
Für Arbeit, Brot und Freiheit!

wegen Verbreitung von Flugblättern bei der letzten Mussolini-Nebe verhaftet. Fast täglich fallen jetzt revolutionäre Arbeiter wegen Weiterführung der verbotenen K.P. Italiens vor dem Sondertribunal, doch kommt es auch immer öfter vor, daß politische Beamte bei Hausdurchsuchungen das verdächtige Material oder die verdächtige Person „nicht finden“. Unter der von Mussolini neu aufgestellten faschistischen Armee von 260 000 Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren, die einen Schwur auf den Faschismus leisten mußten, wurden bereits viele Verhaftungen wegen „antifaschistischer Umtriebe“ vorgenommen.

### Trotz Cappa-Diktatur Oktoberfeiern in Finnland

Helsingfors, 8. November. In vielen Städten Finnlands fanden aus Anlaß des 13jährigen Bestehens der Sowjetunion Kampfsammlungen der Arbeiterschaft statt, in einigen Arbeitervereinen auch Demonstrationen.

Die Geheimpolizei hat in den letzten Tagen zahlreiche Führer und Arbeiter der verbotenen linken Bewegung verhaftet und Massendurchsuchungen vorgenommen. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten in Tammerfors, Wasa, Raupio und Helsingfors. Laut dem Bericht der Geheimpolizei wurde bei den Hausdurchsuchungen viel Propagandamaterial für den 7. November beschlagnahmt.

In Neugutten haben Mahmud Pascha für die Liberalen und Nahas Pascha für die Wapopartei den Boykott der bevorstehenden Parlamentswahlen angekündigt.



(Copyright by Internationales Arbeiter-Bewegung, Berlin.)

35. Fortsetzung.

„Drauf!“ Knochen tragen wie morsches Holz. Ein Menschenfräule rollt ächzend über die Erde. Ein Arbeiter und ein Grüner. Die Hände ohne Gewehre in die Hände verfallt. Die Beine schlagen um sich, die Augen quellen blut und blutunterlaufen aus den Höhlen. Daß gegen Daß. Der Gewehrstoß eines hingen aus springenden Arbeiters laut herant. Der Kopf des Grünen fracht, die Hände des Ertrunkenen fallen sich im Todesstampf gleich in den Lebenden hinein. Der schreit vor Entsetzen, blut bespritzt. Man reißt den Toten von ihm los.

„Weiter! Weiter!“ Von der Straße her geht ein Horn. Die Internationalen. Eine graue, haitende Masse wogt den Berg nach Essen hinauf. Die Sonne spiegelt sich in den Gewehren. Die Grünen können nicht aus dem Viehhof heraus. Horn, von der Straßenseite her, kommen die Arbeiter aus dem fälligen Stadttel. Die Grünen reden, läßt im Gesicht, ihre Arme, sie zittern und betteln. Sie erwarten den Tod. Die Gefangenen werden abgeführt. Einige davon ohne Röde, in bloßen Hemden. Sie hatten die Uniform abgeworfen, um den Daß zu mildern.

Auf dem Viehhof liegen viele Tote, Grüne und Arbeiter, die im letzten Augenblick von den Augen getroffen wurden. Die maffelosen Arbeiter hängen sich auf die herumliegenden Gewehre. Sie bringen die verlassenen Maschinengewehre in Ordnung, gruppieren sich, ein Führer findet sich, ohne daß ihn

einer gewährt oder bestimmt hat. Der Erfahrenste, der Ruhigste, der Mutigste ist der Führer. Die anderen ordnen sich ihm ohne Widerspruch unter.

„Vorwärts, Kameraden, mit greifen weiter an!“ Sie schleppen mit kräftigen Hüften die Maschinengewehre, die Munitionskisten und befehlen sich mit Handgranaten.

21.

Auf der Straße bläst immer noch der Norstik die Internationalen. Aus hundert rauhen Kehlen steigt das Lied und dringt bis in die elenden Kahren im Freizein, in denen Arbeiter aus stundenlanger Todesangst zu neuer Hoffnung erwachen.

Im Stadelingang treffen sich Zermad und Raup. Eben wurde eine Abteilung Einwohnerveter gelangt vorbeigeführt. Die Gefährter wie Latenmasten, nur der Rechte im Zuge lachte ein verzerrtes Grinsen. Er erzählte den Arbeitern in abgegriffenen Sätzen etwas und zeigte nach dem Stadlinnern hin.

„Habt ihr viel verloren?“ — fragte Zermad seinen Freund.

„Ein halbes Dugend, Tote und Verwundete! August Bramm hat die Knochen kaputt!“

„Schlimm?“

„Einen Querschläger überm Ritel!“

„Da werden die von seiner Partei spuden!“ — sagte Zermad nachdenklich.

„August hat nur das getan, was seine Partei einmal für Recht hielt! Bramm ist Protest!“

Gleich in den ersten Straßen der Stadt entpfaun sich ein zäher Häuserkampf. Einzelne mußten die Grünen aus den Läden, Wohnungen, oft unter Weiffellen, herorgeholt werden.

„Aufpassen!“ — schrie ein Arbeiter, in der nach dem Viehhofen Platz mündenden Stoppenerstraße. „Aufpassen, sie knallen von Turm her Räder herunter!“

Das hatten sich ein paar Schaffstücker der Grünen postiert und knallten mit fixen Schüssen auf die Unvorsichtigen, die nichtabwendend aus der Straße kamen. Die Arbeiter stauten sich in der Straße und berieten.

„In die Schützenbänke, von da aus mit Maschinengewehren und Handgranaten hinein!“ Sie umgingen den Viehhofen Platz und schossen aus der Schützenbänke und von anderen gestützten Stellen nach der Kirche hin. Im Kreuzfeuer gaben die Grünen die Kirche auf und verließen.

Zermad und Raup liefen nun zum Viehhofen Platz hin. Von

allen Seiten drängen die Arbeiter vor. „Was, ein Teil nach den Gewehrbaracken hin. Dort sitzen noch Grüne!“ — sagte ein hochgemachener Führer. Sofort quollen die Arbeiterhaufen dorthin. Aber auch nach dem Rathaus zu ergoß sich ein grauer Strom.

In Zermads Nähe trachtete eine Leventil unter Kolbenstößen. „Was ist denn los?“ fragte er einen frech aussehenden Kerl.

„Dort sind Zigarren und Zigaretten“, sagte der grinsend und lächelnd noch wichtiger gegen die Tür.

„Das gibst du nicht!“ sagte Zermad sornig und stieß den Kerl zur Seite.

„Geht's dich was an, was ich tue?“ — widersprach der und wollte seine Arbeit fortsetzen.

„Geplündert wird hier nicht, mein Zunge!“ — sagte Zermad drohend. — „Lach die Finger davon!“

Der andere lachte ihm ins Gesicht: „Wofür machen wir denn Revolution? Was wir erobern, ist unser, damit basta!“ — Er schwang das Gewehr und gab den Umstehenden einen Wink.

„Los, helf mal mit!“

Da griff Zermads Faust in sein Genick. „Gottverdammt, das will ich doch mal sehen, ob du nicht aufhörst!“ — Die Stirn

setzt ins Genick gepackt, die Rechte klaffte wackelig in das dicke Spigubengeficht. „Wenn du nur mitgelommen bist, um herumzulauen, dann hol dich her Deumel, du Hund, du verfluchter!“

Zupp Zermad schlug und schüttelte den Kerl wie ein Pumpen-

büdel mit einer solchen Wut, daß dessen Gewehr im Wogen aus den sich wackernden Händen flog. Dann schwebte er den Durch-

einandergegriffenen mit mächtigem Schwung unter die Neug-

terigen. „Da ist son Schwein, Kumpels, der kommt mit, um zu räubern!“

„Haut ihn! Hängt ihn auf!“ — schrien einige. Der Kerl

schliffte zwischen ihren Beinen durch und rannte ohne Gewehr

und Wut nach der Grabenstraße. Lautes Gelächter und Flüche

folgten ihm, bis er um die Straßenecke verschwunden war.

„Mit solchen Strohheln haben wir nichts gemein, Kameraden!“

„Das sind die, denen es gleich ist, wer gewinnt oder verliert; die Hauptsache ist, sie können in dem Durch-

einander klauen!“

Fortsetzung folgt!





# Ausnahmestand im Hohenmössener Stadtparlament

## Der Etat abgelehnt — Unerhörte Taten des „Volksboten“

Die Sitzung am 4. November, die infolge des Parteienstreiks zum ersten Male vor einer beschränkten Zahl Zuhörer stattfand, fand im heftigen verärgerten Polizeiterrors gegen die Arbeiter statt.

Die ganze Landjägeri aus der Umgebung war zum Schutze des sozialdemokratischen Bürgermeisters und seiner Trabanten aufgestellt.

Gleich zu Beginn der Sitzung stellte Genosse Heindl den Antrag auf Entlassung der Polizei. Der falsche Vorbehalt überging diesen Antrag, da er schon vorher von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Eichner dazu schon gemacht war. Er drohte vielmehr, Zuhörer, die Zwischenrufe zu machen wagen, von der Polizei aus dem Saal wegzuführen. Genosse Otto ergriff das Wort und verlangte die sofortige Wiederherstellung der Öffentlichkeit, da er den Antrag auf Kartenaussgabe noch keine Abstimmung erfolgt war. Das veranlaßte den Vorsteher, einen Antrag einzubringen, der den Zutritt der revolutionären Arbeiter zu den Sitzungen noch mehr beschränkt, den Bürgerlichen aber noch eine größere Anzahl zuwider. Freundstrahlend stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag des Vorstehers. Empörung in den Reihen der Zuhörer. Eingeleitet als Magistratsmitglieder wurden der Spitzhörer Jählich und Gurr.

Die Bestätigung des kommunalistischen Magistratsmitgliedes Willi Hoppitz ist abgelehnt worden.

Am Punkt 4 wies Genosse Heindl nach, daß die Abänderung des § 7 dem Magistrat das Recht geben sollte, die Gehälter der unteren und mittleren Beamten abzubauen. Er beantragt, den § 7 zu befallen wie er ist und einen Nachtrag anzuhängen wie folgt:

Das Gehalt des höchsten Beamten der Stadt darf 6000 Mark nicht übersteigen.

Bei der Abstimmung dieses Antrages waren die SPD und die anderen Bürgerlichen im Gegensatz, daß August, weil er sein höheres Gehalt im Hinblick auf die fünf Minuten Antragsstunde abhalten mußte, die SPD dagegen stimmte. Für die Behebung der Ortsarmen wurden 1000 Mark bewilligt. Die kommunalistische Fraktion hatte 3000 Mark beantragt.

Der Haushaltsplan war das Schmerzenskind des SPD-Bürgermeisters August. Er verlas zum zweiten Male die Rede, die er schon einmal in der Öffentlichkeit verlesen hat, und die auch im „Volksboten“ als Artikel erschienen ist. Am Hand dieses Artikels half ihm Genosse Heindl des öfteren nach, wenn er den Faden zu verlieren drohte.

Genosse Heindl zeigte, daß im kapitalistischen Staat jeder Etat, auch der Gemeindefeit, das Gehalt der herrschenden Klasse hat, die bemüht ist, alle Lasten auf die Schultern der Werktätigen der Arbeiter, Angehörigen, Beamten, Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern abzumäulen.

Die Kommunisten lehnen diesen Hungeretat ab.

Die Bürgerlichen lehnten den Etat auch ab. Darauf sprang der demokratische, um rante von den Bürgerlichen zu den Sozialdemokratischen und umgekehrt. Schließlich konnte er mit fliegenden Redeschuhen aus dem Saal, gefolgt von seinen treuen Schildknappen, den Gefährten, Gruner usw.

Genosse Otto stellte den Antrag,

von den Sonderrentenleistungen des Kreises für die Wohlfahrtsverbände bei der Beschäftigung durch die Stadt nichts zu führen.

Als die Bürgerlichen das vernahmen, verließen sie den Saal, so daß die Sitzung beschlußunfähig wurde.

Der „Volksbote“ bringt über die Stadtorbundenversammlung einen langen Bericht, der vor Verdrehungen und vor Beeleidigungen der kommunalistischen Parteien krocht. Die Kommunisten seien schuld, wenn die Erwerbslosen nicht mehr mit Not-

handarbeiten beschäftigt würden; die Kommunisten seien schuld, wenn die Ortsarmen die Sozial- und Arbeitslosen nicht mit in den vergangenen Jahren 2 1/2 Hund. Rafoa, 1 Hund. Rafoa und einen Stollen kriegen. Und ähnliches mehr. Voll Entsetzen sprach der „Volksbote“ davon, daß nach der Forderung der kommunalistischen Fraktion dem Bürgermeister 3000 Mark seines Gehaltes gegeben immer noch 6000 Mark blieben. Von der Bürgerliche-Regierung-Steuer, die nun wohl durch den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten diktatorisch den Wertigkeiten von Hohenmössen auferlegt werden wird, fügt er, daß die Bescheidenden sie tragen müßten, während sie in Wirklichkeit sogar den Gewerbetreibenden abgepreßt wird. Keine Volksboten-Sätze kann die verwerfliche Politik der SPD in ihr Gegenteil umkehren. Die SPD zeigt den hungernden Massen den Weg. Vorwärts, kämpft für ein Sowjet-Deutschland!

## Severing-Kurs in Mansfelder Land

### Der SPD-Vorsteher Beder von Helbra verbietet Beratungen der Roten Hilfe

U.A. Zum 16. November hat die Rote Hilfe in Helbra eine Veranstaltung mit dem Galathea-Direktor der Studenten der USSR vorbereitet.

Nachdem es aber der Amisvorsteher nicht vergessen, daß ihn die revolutionäre Arbeiterbewegung während des Streiks der Mansfelder Rumpels nicht hören wollte und ihn in einer Versammlung, weil er allzuviel von dem Alkohol genossen hatte, nicht sprechen ließ. Er glaubt, nunmehr dafür Rache nehmen zu müssen und eröffnete unserem Vertrauensmann, daß diese von der Roten Hilfe geplante Veranstaltung verboten sei.

Nachdem nun noch einmal Rücksprache mit diesem Herrn genommen wurde, erklärte er, nur nach den Anweisungen des Regierungspräsidenten Barnack zu handeln, welcher die telephonische Angabe dazu gegeben habe.

Nun unserem Vertreter wurde ihm erklärt, wenn sich die Helbraer Amisgewaltigen vor der Öffentlichkeit blamieren wollen, so sollten sie dies ruhig tun.

Wir weisen auf ein Verbot, welches absolut keine Begründung findet.

## Forderungen der RGO. für Arbeiterinnen!

Herausnahme der besonderen „Rubrik“ Frauenlöhne aus der Parität der Lohnarbeit.

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Pausen am Fließband von 10 Minuten nach jeder Stunde.

Verringerung des Tempos des Bandes.

5 Minuten Wartezeit vor Schluss der Arbeitszeit und den Pausen, die mit dem Durchschnittsverdienst bezahlt werden.

Lieferung von Kleidung bei Schmutzarbeit.

Lieferung von Lebensmitteln bei Schwerarbeit.

Siebenstundentag mit Lohnausgleich.

Für diese Forderungen ruft der

### Reichskongreß werktätiger Frauen am 22. u. 23. November

die Arbeiterinnen aus, sich zu organisieren in der RGO, und überall Delegierten für diesen Reichsfrauenkongreß zu wählen.

# Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

## SPD-Beite in Delitzsch

Schwahn ladt seinen Hund mehr hinter dem Dien hervor!

U.A. „Unverantwortliche Kommunalpolitik und ihre Folgen“, über dieses Thema wollte Schwahn (wer kennt ihn wohl nicht als Erdemaggen?) in einer großen SPD-Versammlung sprechen. Damit der Andrang (gedacht war er durch die Kommunisten) nicht gar zu groß würde, erbot man 20 Pfennig Eintritt. Schwahns Geleite ist natürlich keine 20 Pfennig wert. Schwahn und seine Genossen vorziehen, aber die Proleten, denen Schwahn gern ein bißchen Schmutz vorgezogen hätte, die kamen nicht. Auch die „mitgeworbene Speise“ (nämlich Schwahn die bösen Kommunisten meint) waren nicht gekommen.

So wurde die großangelegte Versammlung zu einer einzigen großen Beite!

Teht soll das einnehmende Eintrittsgeld noch nicht einmal zur Annance für die „Delitzscher“ gereicht haben. Da kann sich jeder selbst ausrechnen, wieviel Annahmen dagemessen sind. Da hat auch Schwahns Gesalbete nichts genützt von wegen, ein bedauerliches Zeichen, wie wenig Interesse die Delitzscher Bürger der so wichtigen Kommunalpolitik entgegenbringen usw.

Kamoh, „unverantwortliche Kommunalpolitik“ hat Herr Schwahn mit seinem Anfang bis heute getrieben, und die Folgen haben die SozialistInnen in ihrer „großen“ Schillinghaus-Versammlung gesehen. Anders ist es dagegen bei den bösen Kommunisten. Dort ist immer ein volles Haus vorzufinden. Sollten Sie, Herr Schwahn, das noch nicht wissen, so bitte, überzeugen Sie sich davon.

Wieltsch riskieren Sie drei Ihre Welsen über „unverantwortliche Kommunalpolitik“ einmal! Es wird Ihnen gut bekommen.

## Aufgelogene Gemeindevortretterung in Genewitz

U.A. Die am Dienstag, dem 4. November, stattgefundene Gemeindevortretterung fand ein schnelles Ende, da der vom SPD-Landrat Benisch-Werberg, an die Stelle unseres Genossen eingesezte frühere kommunistische Gemeindevortretter nicht fähig ist, die Sitzung nach den Vorschriften zu leiten.

Am 1. Punkt wurde über den Antrag der SPD-Fraktion betr. Einleitung eines Disziplinärverfahrens gegen den kommunistischen Gemeindevortretter verhandelt. Derselbe wurde und beantragt sich nicht von vorgeladenen Tatsachen nicht verteidigen und beantragt sich ein widrigemordener Stier. Es handelt sich hier um fehlende Gemeindegelder aus den Jahren 1928 und 1929. Um nun die Genossen in ihren Ausführungen zu hindern, leitete derselbe die Sitzung ab und stimmte auch mit den anderen vier Bürgerliedern dagegen, treuherb er dazu nicht berechtigt war.

Die Ordnungsführer haben damit bewiesen, daß sie beratrige Vergehen unterliegen.

Der Antrag wurde aber mit sechs gegen fünf Stimmen angenommen. Man kann sich gespannt sein, ob der SPD-Landrat, welcher alle Gemeindevortretter um, die der SPD angehören, ihres Amtes ent-

## Weißenfeller Mieter durch Grundsteuererhöhung erneut schwer belastet

Der Bezirksausschuß hat der Erhöhung des Gemeindehaushaltes zur Grundvermögenssteuer auf 350 Prozent zugestimmt. Am 1. April 1931 tritt sie in Kraft. In einem Beschluß des Haus- und Grundbesitzervereins mit teilgelte, daß

die Hausbesitzer berechtigt sind, neben dem ab 1. Juni geltenden Mietpreisen die Mieter, neben dem ab 1. Juni geltenden Mietpreisen, die Mieter umzusetzen, so hoch wie möglich die gesamte Steuer von den Mietern angebracht wird.

Die Umlegung wird anteilmäßig im Verhältnis zur reinen Friedensmiete erfolgen.

Die Hausbesitzer hatten sich zur Abwälzung der Steuer berechtigt durch die Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 25. Juni 1924 sowie durch die Verordnung des preussischen Staatsministers vom 30. Mai 1930.

Die Frucht der sozialdemokratischen Steuerpolitik bekommen die Wertigen Weißenfeller jetzt auch noch in der Form der neuen Mieterhöhungen zu spüren.

# Mansfelder Kreise

Auf wech schwachen Füßen das Verbot ruht, beweist, daß alle Veranstaltungen in anderen Orten ohne nur eine Schmierigkeit zu haben, durchgeführt wurden. Schon jahrelang hat sich die Arbeitergruppe der Arbeiterorganisationen zur Verfügung gestellt. Erst im Lande des Nazi-Frit wurden diese Veranstaltungen durchgeführt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nun erst recht beweist durch Massenbesuch, daß die Rote Hilfe die Organisation des Klassenbewußten Proletariats ist und allen Schichten zum Trug hoch veranfert in den Reihen des revolutionären Proletariats.

Nun erst recht alles auf nach Helbra, am Sonntag, den 16. November, 14 Uhr, in das Rotal „Zur Sonne“ zur Veranstaltung der Roten Hilfe. Beweist eure Solidarität mit den von der Klassenjustiz Verfolgten.

## In Eisleben Negersteuer beschlossen

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Einführung der Schank- und Negersteuer beschlossen, um dadurch das 465 000 Mark betragende Defizit im Haushaltsplan der Stadt zu decken. Dafür stimmten der Ordnungsführer und die Arbeitsgemeinschaft der Mitte. Die Sozialdemokraten, deren Minister und Regierungspräsidenten, Genossen die Negersteuer und die Wirtin, haben sich also erlaubt, „Apollon“ zu spielen.

Die Gemeindevortretter in Eisleben betragen jetzt 325 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer von unbebauten Grundflächen und 325 Prozent von bebauten Grundflächen, 750 Prozent Gewerbesteuer, 900 Prozent Fließwasser vom Gewerbetrag, 3250 Prozent Gewerbe-Lohnsteuer.

Gegen den nachstehenden Steueranwuchs, mit dessen Hilfe die Mittel zu dem rund 8 Millionen-Mark aus den Anwesen der Wertigen in Eisleben herausgekauft werden sollen zu einer Zeit, in der die Mansfeld A.G. Staatsubventionen bezieht und einen neuen Lohnraub an den Mansfeld-Rumpel vorzunehmen sich ansetzt, müssen die wertigen Massen den härtesten Kampf aufnehmen.

## Der Nazi-Wirt von Bennkötz

und seine Gehilfen — die hundestreuen Sportler

U.A. Der Gastwirt Lent ist ein Feind der revolutionären Arbeiterbewegung. Wenn die Organisationen des Klassenbewußten Proletariats im Ort irgendeine Veranstaltung machen, ladet er zu einem Tanzvergnügen oder etwas ähnlichem ein, um die wertige Bevölkerung von dem Besuch der Arbeiterveranstaltung abzuhalten. So war es auch am vergangenen Sonntag, als Rot Sport hier einen Parteitag veranstaltete. Er holte sich den Polizeipostreiter aus Halle.

Mitglieder des hundestreuen Arbeiter-Turnvereins haben den Lent in seinem arbeiterfeindlichen Treiben unterläßt,

indem sie die Veranstaltung des Polizeipostreiteres besuchten. Wollten sich diese Leute erst mit dem Gummitruppel einblauen lassen, wo sie hingehören?

Jeder Sporttreibende Arbeiter geht in die Reihen der roten Sporteinheit. Auch nazirechtliche Werte werden die Sammlung der Arbeiter in der roten Front nicht verhindern können.

## Aus dem Bereich des Arbeitervertreters Gäbler, Schraplau

U.A. Rette Zustände herrschen in unserem Ort. Wir haben hier einen Raum der als vorübergehender Uebernachtungsraum für Obdachlose bestimmt ist. In diesem Räume haufen sich schon seit längerer Zeit ein Paar Hundt Rinder an. Ein Fenster ist in diesem Raume nicht zu finden. Nur über der Höhe befindet sich eine kleine Luke. Es ist doch klar, daß dieser Raum unmöglich als Wohnung gedacht werden kann. Diefers kommt es vor, daß Obdachlose für eine Nacht Unterkunft verlangen. Die hungerigen und milden Menschen müssen dann durch den Landwirt in einen Nachbarrort gebracht werden, weil kein Raum im ganzen Ort für derartige Zwecke vorhanden ist.

Wir fordern, daß der Frau mit ihren Kindern sofort eine Wohnung zugewiesen wird. Die Gesundheitskommission hätte sich schon längst einmal mit dieser Sache befassen müssen. Teht soll die Frau für dieses Voh sogar noch Miete bezahlen. Das schließt nicht den Rest den Boden aus. Schenknigte Abfälle muß bringend gefordert werden.

## Bitterfeld-Wittenberg

### Stahlhelmer und Grobgrarier vereint gegen Landproleten

U.A. Frusendorf, die Grobgrarier denken, sie können mit den Landarbeitern umspringen wie mit Vieh und können jederzeit ihre schlechte Laune an ihnen auslassen. Ein solcher Grobgrarier ist der Rittmeister Hauerland von hier.

Als eines Tages der Gewaltige nicht ausgefallen hatte, brüllte er schon frühmorgens 10 Minuten vor 6 Uhr die Frauen an „Schert Euch, schert Euch, und wenn es auch nicht paßt, dann macht Euch vom Hofe. Ich hole mit dann Polen!“ Danach ging er zu den Anspannern und schmauzte auch da an.

Als sich ein Landprolet das „Du“ nicht gefallen ließ und wieder lo antwortete, wurde er sofort fristlos entlassen. Der Kollege sagte sofort gegen diese ungerechte Entlassung. Bei der Verhandlung war es der Stahlhelmer Wankel, der mit seiner Aussage den Landarbeiter delatierte. Was der Bauer sich alles herausgenommen hatte, wollte Wankel nicht wissen.

Die Funfer züchten sich auf den Gärten solche Schmarotzer wie sie gegen die Landproleten auszuspielen zu können.

Die Landarbeiter aber sehen immer klarer, daß nur der Kampf in der roten Front ihre Lage verbessern kann.

Auch mit den Funfern wird die Arbeiterkraft noch mal fertig werden!

## Sammelt für den Reichskongreß werktätiger Frauen!

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der "Klassenkampf" erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Jahresgebühren. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Halle, Berendstraße 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Der Rote Stern

Einzelpreis: 15 Pf. für den mit Höhe und Spalte; 1 Mt. im Teilzahl. Bankkonten: Reichsbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachkonto: Bezahlg. 261 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H., Halle. Druck: Druckerei Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Berendstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 10. November 1930

10. Jahrgang \* Nr. 264

## Das Ergebnis des sozialfaschistischen Streikbruchs und Verrats:

# 8 Prozent Lohnabbau in Berlin

Der Schlichter will auch die mitteldeutschen Metallarbeiter ausplündern — Organisiert den Streik!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. November.

Unter Zustimmung des „linken“ Sozialdemokraten Dr. Singheimers und mit seiner Unterstützung versuchte das Zwangsschiedsgericht der Braun- und Farres gegen die Berliner Metallarbeiter einen in jeder Beziehung provokatorischen und feindseligen Schiedsspruch, nach welchem vom 1.6. November ab alle Löhne in allen Gruppen um drei Prozent gekürzt werden. Vom 19. Januar 1931 an erfolgt eine weitere Senkung für die Löhne der Jugendlichen unter 18 Jahren um 3 Prozent und für alle übrigen Gruppen um 5 Prozent, so daß der 8-prozentige Lohnraub, gegen den die Berliner Metallarbeiter 14 Tage lang heldenhaft gekämpft haben, durch diesen Schiedsspruch infolge des niederträchtigen Verrats der Linken und Konjunktoren verabschiedet ist. Zur Begründung dieses Hungerstiches sprachen sich zur Verhöhnung der Berliner Arbeiter auch noch der Preisentzugsgesellschaft und die Arbeitgeber.

Der in Berlin verbindlich ausgesprochene Lohnraub wird in der nächsten Zeit auf die gesamte deutsche Arbeiterschaft ausgedehnt werden. Er muß das Signal sein, überall zum härtesten Kampf zu rufen. Die Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft ist notwendig.

Unter der Berliner Arbeiterschaft herrscht eine derartige Empörung über den diffizilen Lohnraub, daß diese Empörung selbst von den Berliner Montagblättern nicht verschwiegen werden kann.

Zur Bekämpfung der Aufklärung der Berliner Metallarbeiter hat die Polizei unter fahndenscheinigen Vorwänden die „Rote Fahne“ auf acht Tage verboten.

Der Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter, der von der streikbrecherischen Bürokratie vorbereitet, im voraus anerkannt und mit der Stimme ihres Vertrauensmannes Singheimer beschlossen wurde, widerlegt am besten das demagogische Geschwätz des „Kollatsch“, wonach wir Kommunisten mit der Gründung des Roten Metallarbeiterverbandes die Einheit der Metallarbeiter zerstört hätten. Der freigewerkschaftliche Berliner Metallarbeiterverband braucht nicht von uns oder sonstwem zerfallen zu werden.

Ihn haben seine eigenen Führer mit ihrem Verrat zerstört.

Hätte die revolutionäre Gemerkschaftsopposition nicht eingegriffen, so würden die Nazis und die Gelben die Anhänger des Bankrotts der sozialfaschistischen Bürokraten sein. So ist gerade durch die Bildung des Roten Metallarbeiterverbandes

die Einheit der Berliner Metallarbeiter auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes gesichert worden.

Vor den Metallarbeitern unseres Bezirks, insbesondere aber vor den Lauchhammer-Proleten und den anderen Arbeitern des Niederlausitzer Industriegebietes, steht die unmittelbare Gefahr, daß — wie von der Brüning-Regierung schon angehängt — der an den Berliner Metallarbeiter verhängte Lohnraub auch auf sie ausgedehnt wird.

Nur durch Streik kann die Ausplünderung der mitteldeutschen Metallarbeiter verhindert werden — aber nur unter sofortiger Vertreibung der streikbrecherischen Bürokraten, unter Führung der RGD, ist der Streik möglich.

Darum müssen die Proleten des Lauchhammerwerkes und der anderen mitteldeutschen Betriebe unverzüglich zur Lage Stellung nehmen, die Bedenken, die sie verraten wollen, aus den Versammlungen vertreiben, die Streikleitungen wählen und in Gemeinschaft mit den Erwerbslosen proletarischen Selbstschutz zum Schutz des Streiks bilden. Sie müssen jetzt nachholen, was sie während des Berliner Streiks veräumt haben — sie müssen in enger Kampfgemeinschaft mit den unter Führung ihres roten Verbandes den neuen Streik organisierenden Berliner Metallarbeitern die räuberischen Pläne der Ausbeuter durchkreuzen.

Wartet nicht ab, bis der Schlichter Euch ausgeplündert hat — kommt ihm zuvor, indem Ihr für Eure Forderungen kämpft.

Der Stroh ist die beste Parabel

## Kampfkongressen der mitteldeutschen Bergarbeiter

Für die Organisierung des zweiten Mansfeld-Streiks — Für die Verteidigung des Lebens der Braunkohlentumpels

(Eig. Ber.) Eisleben, 10. November.

Auf der Mansfelder Revierkonferenz waren 60 Delegierte anwesend. Sieben Betriebe waren vertreten. Die Delegierten wurden in Belegschaftsversammlungen gewählt.

Genosse Wilhelm Koenen referierte über: „Unsere Aufgaben zur Verhinderung des Lohnraubes durch die Mansfeld A.-G.“

Streik ist nach den Erfahrungen des großen Kampfes nur möglich unter Führung der RGD. Deshalb ist die Massenorganisierung in der RGD sofort in Angriff zu nehmen.

Die Schaffung eines roten Vertrauensmännerkreises, die Aufstellung betrieblicher Forderungen muß die Voraussetzungen für Kampfschritte schaffen.

An der Diskussion beteiligten sich zwölf Delegierte, die sich einmütig hinter die vom Genossen Koenen aufgeworfenen Aufgaben stellten.

(Eig. Bericht.) Bitterfeld, 9. November.

Auf der in Bitterfeld abgehaltenen Konferenz des Bitterfelder und Golpa-Formenwerkes Reviers wurde in eingehendem Bericht aus den Gruben und Kraftwerken zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich bei gleichzeitiger Vertiefung der Bergarbeit in den Bergwerken eine lebensgefährliche Vertiefung erzeugt hat.

Zahlreiche Arbeiter halten es unter den gegenwärtigen Bedingungen einfach nicht mehr aus und nehmen freiwillig die Papiere.

Gelingt es, die RGD-Gruppen aufzubauen, so werden sie das notwendige Kraftbewußtsein erhalten, um den richtigen Ausweg, den Weg des Streiks, zu beschreiten.

Im Anschluß an diese Berichte arbeiteten dann die Ausführenden des Genossen Richter die Grundlinien der einschlagenden Forderungen heraus und nach weiterer eingehender Aussprache und einstimmig

## Brot und Arbeit den Erwerbslosen

um sofortige Winterbeihilfe!



ter Bekleidungs- und seiner „Notverordnungen“, unterstützen diese Hungerdiktatur. Durch ihre Polizeiprävidenzen und blutigen Knippen sie die Hungerdemonstrationen nieder und geben blaue Scheine statt Brot und Arbeit.

Die nationalsozialistischen Handlanger des Unternehmertums fordern die Einführung der Arbeitsdienpflicht, die militärische Anweisung und Anweisung aller Arbeitslosen.

Die Millionen Erwerbslosen aber wissen: die Bourgeoisie mit ihren Kautzen wird nicht einen Pfennig, nicht einen Liter Milch, nicht eine Kohle gutwillig herausgeben. Deshalb ergeht der Ruf an die Millionenmänner der Hungernden: Organisiert den Sturm im Land, schließt Euch zusammen unter Führung der RGD, begrabt Euer Elend nicht in den trostlosen vier Wänden, ärmlichen Notwohnungen oder Asylen. Geht hinaus auf die Straße.

### Erkämpft Euch Eure Forderungen!

Betriebsarbeiter! Schließt das Kampfband mit den Arbeitslosen gegen die Regierung des Lohnraubes, der Young-Plan-Erfüllung und Bereinigung des Erwerbslosenelends. So wie Ihr im Berliner Metallarbeiterkampf Schulter an Schulter zusammenstandet, so kämpft gemeinsam für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, für Arbeit und Brot für alle Arbeitslosen.

In einheitlicher Front unter Führung der RGD, und AGD, muß der Klassenkampf gegen die Katastrophe geführt werden, die alle Werttätigen bedroht.

Die Sache der Arbeitslosen ist die Sache des ganzen deutschen Proletariats. Von allen Stempelstellen, von allen Betrieben, von allen Organisationen, wo ausgebeutete und erbeitslose Proletarier zusammengebracht sind, muß unser Ruf der herrschenden Klasse in die Ohren gefaßt:

Nieder mit der kapitalistischen Gesellschaft, die uns Hungers sterben lassen will!  
Unsere Geduld ist zu Ende!  
Wir fordern Brot und Arbeit!  
Wir wollen nicht verhungern und erfrieren!  
Her mit der Winterbeihilfe!

Berlin, den 7. November.

Reichskomitee der Revolutionären Gemerkschaftsopposition.